

Anlage 2

Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik - Amtsperiode 2014 – 2020 Arbeits- und Erfahrungsbericht für die Zeit 09/2018 – 07/2019

Fazit der stimmberechtigten Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Bekanntlich ist der Arbeitsbericht (siehe Anlage 1 zur Beschlussvorlage) nur eine Aufzählung der behandelten Themen, die sich aus den veröffentlichten Niederschriften zu den Sitzungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik im Berichtszeitraum ergibt. Wir möchten die Gelegenheit nutzen, unsere Sichtweise und Einschätzungen zu verdeutlichen und offen zu legen. Dazu werden auszugswise einige Punkte aus dem Arbeitsbericht aufgegriffen und in diesem Fazit eingeordnet.

Im Berichtszeitraum wurden 69 Themen behandelt und 22 Beschlüsse / Beschlussempfehlungen gefasst. Es konnten nur 2 Schwerpunktthemen (anstatt wie früher 4) behandelt werden, was den vollständig ausgeschöpften Kapazitäten im Büro des Behindertenbeauftragten, bei den stimmberechtigten Mitgliedern sowie bei der Geschäftsführung geschuldet ist.

Diese erforderliche Begrenzung und Anpassung der gesamten Themen an die Gegebenheiten ist nicht zufriedenstellend. Zwar konnte Einiges durch Verbesserung der Effizienz und Selbstbeschränkungen ausgeglichen werden, was aber auch zu mehr zeitlichem Druck der handelnden Personen führte.

Die Behandlung von zusätzlichen Themen bei gesicherter, vielleicht erhöhter Wirkung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik hängt damit von verbesserter personeller Ressourcen im Büro des Behindertenbeauftragten sowie auf Seiten der engagierten Ehrenamtler*innen ab. Es wurde sehr intensiv mit Hilfe des Wahlausschusses und des Behindertenbeauftragten um neue Kräfte geworben, was zu sehr erfreulichen (Nach-) Besetzungen in diesem Gremium als auch bei den Positionen der sachkundigen Einwohner in den Ausschüssen führte. Weitere Interessenten arbeiten sich derzeit ein und sichern hoffentlich die Fortführung unserer Aktivitäten. Allen Unterstützern gilt unser Dank und ein herzliches Willkommen an die neuen Mitstreiter*innen!

Die Sorge um die Auswirkungen von ausgeschöpften Arbeitskapazitäten und die damit verbundene Perspektive der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zogen sich wie ein roter Faden auch durch intensive Gespräche zur Dezernatumbildung und die Schaffung des neuen Amtes für Integration und Vielfalt. Mit den Ergebnissen dieser Verwaltungsreform und der Übernahme des Vorsizes durch Frau Oberbürgermeisterin Reker sind wir zufrieden. Wir begrüßen es, dass einige unserer Anregungen aufgegriffen wurden. Die Position und Wirkung dieses Gremiums ist aus heutiger Sicht gestärkt, was uns zuversichtlich für die Berücksichtigung unserer Themen in Verwaltung und Stadtgesellschaft stimmt.

In diesem Zusammenhang ist die Genehmigung der zukünftigen Gewährung von Sitzungsgeld für die ehrenamtlich tätigen stimmberechtigten Mitglieder und eines Budgets über € 10.000 für unser Gremium sehr positiv zu werten; die beantragte Gewährung von Aufwandsentschädigung soll trotz Ablehnung weiterverfolgt werden. Auf jeden Fall ist es ein klares Bekenntnis zu diesem Gremium, wofür wir uns ausdrücklich bedanken.

Wie stark das Interesse an den Belangen und Bedürfnissen der Menschen mit Behinderung in Verwaltung, Politik und Gesellschaft über die Jahre gewachsen ist, lässt sich auch am Beispiel ‚disability mainstreaming‘ erkennen. Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik konnte das gestiegene Interesse zur Entfaltung einer sehr positiven Bewegung nutzen. Als Folge wurden zwei Veranstaltungen durchgeführt, um das Thema ‚disability mainstreaming‘ im Ergebnis in allen Entscheidungen von Verwaltung und Politik fest zu verankern. Anlässlich des Internationalen Tages der Menschen mit Behinderung am 11.12.2018 fand dazu eine öffentliche Auftaktveranstaltung im Forum des RJM Köln statt. Dies mündete in einer Fachkonferenz am 25.05.2019 in Kooperation mit der TH Köln und dem DIW Deutsches Institut für Wirtschaft. Ein wirklich gelungener Auftakt mit Akteuren außerhalb der Verwaltung, allen Beteiligten und den Organisatoren unseren ausdrücklichen Dank.

Es ist ganz sicher ein sehr zukunftssträchtiges Thema für die Menschen mit Behinderung bei der Sicherstellung und Weiterentwicklung der gleichberechtigten Teilhabe.

Die Ziele und Interessen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik konnten unter anderem mit Erfolg außerdem verfolgt werden in

- Gewährung von Mobilitätshilfe für Menschen mit Lernschwierigkeiten
- Mitwirkung in der Realisierung des Plakatprojekt ‚Köln lebt Vielfalt‘
- Spielplatzbedarfsplanung u.a. Entwicklung von Leitlinien für Spielflächen unter Berücksichtigung von Inklusion

Die Gespräche mit den Kölner Verkehrsbetrieben zu verschiedenen Themen führten auch in diesem Zeitraum zu einem intensiven Austausch. Mit Spannung und Zuversicht wird hier das Digitalisierungsprojekt verfolgt und begleitet. Die negativen Folgen für die Mobilität von Menschen mit Behinderung aus der langsamen Beseitigung von baulichen Barrieren und dem häufigen Ausfall von Fahrtreppen bzw. Aufzügen beschäftigten uns ebenso wie die primär beteiligten Mitstreiter*innen aus dem Arbeitskreis Barrierefreies Köln. Knappe Mittel, fehlende Ressourcen für Planung und Umsetzung in der Verwaltung und bei der KVB sowie schlechte Verfügbarkeit von Ersatzteilen sind Gründe für eine notwendige Verbesserung im ÖPNV, die uns im aktuellen Stand nicht zufrieden stellt. Der erkennbare und propagierte Wille reicht hier leider nicht aus. In diesem Zusammenhang muss die abschließende Regelung zur Beförderung von E-Scootern in Bahnen der KVB kritisiert werden. Diese können zwar wieder mitgenommen werden, allerdings führen die gesetzten Bedingungen dazu, dass kaum welche der in Gebrauch befindlichen E-

Scooter-Nutzer*innendavon profitieren können. Daher betrachten wir die aktuelle Lösung letztlich als äußerst unbefriedigend.

Die Sicherstellung von selbstbestimmter Mobilität und die Beseitigung von Hindernissen werden uns sicher weiter beschäftigen. Allerdings wollen wir hier festhalten, dass unsere formale Billigung des Nahverkehrskonzepts und der Prioritätenliste für den Ausbau von Haltestellen nur die Einschätzung folgt, dass die vorhandenen Mittel und Ressourcen keine andere, also schnellere Vorgehensweise ermöglichen.

In diesem Zusammenhang sind uns die hoffentlich positiven Auswirkungen aus den Änderungen der Satzung zur Nutzung öffentlicher Flächen sowie des Antrags auf barrierefreie Fußwege von mindestens 1,50 m sehr wichtig. Hier muss eine entsprechende Beschlussfassung in den zuständigen Gremien bzw. im Rat inklusive einer passenden Ausstattung mit Personal zur Umsetzung, Kontrolle und Durchsetzung angemahnt werden.

Leider konnten bisher keine ausreichend guten Ergebnisse für eine Veränderung des Katalogs der Volkshochschule Köln, der das Kursangebot auflistet, erreicht werden. Hier zeigt sich exemplarisch, wie unterschiedlich die Realisierung von Inklusion für die Aufstellung des Veranstaltungskatalogs beurteilt wird. Aus unserer Sicht haben Menschen mit Behinderung im Gegensatz zu früheren Katalogen kaum Möglichkeiten, passende Kurse zu finden oder an vorhandenen Angeboten inklusiv teilzunehmen.

Leider konnten keine nennenswerten Fortschritte für die Wohnsituation von Menschen mit Behinderung in der Stadt Köln erreicht werden. Hier muss eine deutliche Vergrößerung des Immobilienangebots im bezahlbaren Bereich helfen, damit Bemühungen der Verwaltung bei Beratung und Vermittlung auf den erforderlichen Ressourcen fußen kann.

Die Chancen im Beruf beim Arbeitgeber Stadt Köln für Menschen mit Behinderung bleiben nach wie vor schwer beurteilbar. Die bisherige Praxis, behinderte Bewerber nur bei gleicher Leistungsmenge und -qualität bevorzugt zu berücksichtigen, kann damit zu einer Hürde werden, die für diese Bewerber kaum oder nicht überwindbar ist.

Fazit:

Unverändert bleiben wichtige Felder für die Arbeit der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik offen oder bedürfen verbesserter Ergebnisse. Der zurückliegende Zeitraum wird im Ergebnis positiv beurteilt und macht Mut für die weitere Arbeit dieses Gremiums. Unseres Erachtens wurde die Position des Gremiums gestärkt. Wir hoffen, dass durch die neuen Mitstreiter*innen auch in der nächsten Wahlperiode wichtige Aufgaben wahrgenommen, offene Punkte aufgegriffen und zu Erfolgen geführt werden. Die Themenfelder Arbeit und Wohnen bedürfen besonderer

Anstrengungen auf Basis weiterentwickelter positiver Haltung jenseits von Rentabilität und Kosten-Nutzen-Abwägungen in Verwaltung, Politik und Gesellschaft.

Gez. Paul Intveen und Horst Ladenberger
für die Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen
in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Gez. Andreas Thermann / AWO
für die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege